

Die Sanktionen gegen Syrien verschärfen die humanitäre Krise

UN-Sonderberichterstatter Idriss Jazairy in Berlin

Zu den Sanktionen gegen Syrien gehört eine Reihe „gezielter“ Maßnahmen, die gegen Einzelpersonen aufgrund ihrer angeblichen Beziehung zur syrischen Regierung ergriffen werden. Die Sanktionen mit dem gravierendsten Effekt sind jedoch kollektive Maßnahmen. Dazu gehört auch ein Handelsverbot für die Ein- und Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen. Es umfasst Maßnahmen, die sich auf internationale Finanztransfers auswirken. [...]

Aufgrund ihres umfassenden Charakters haben diese Maßnahmen verheerende Folgen auf die gesamte Wirtschaft und den Alltag der Bürger*innen. (...) Es ist schwierig, die Auswirkungen der Sanktionen von denen der Krise zu trennen. Das schmälert aber keineswegs die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Wiederherstellung der grundlegenden Menschenrechte zu ergreifen. [...]

Bei meinem Besuch 2018 erlebte ich, dass die syrische Wirtschaft auf alarmierende Weise schrumpft. Seit der Implementierung von Sanktionen 2011 und dem Beginn der aktuellen Krise ist das syrische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um zwei Drittel gesunken. Die Fremdwährungsreserven sind aufgebraucht, die internationalen Finanz- und Vermögenswerte weiterhin gesperrt. Im Jahr 2010 hatten 45 syrische Lira den Wert eines US-Dollars; 2017 war der Kurs auf 510 Lira pro Dollar gefallen. Die Inflation erreichte 2013 einen Höchststand von 82,4 Prozent; die Kosten für Lebensmittel sind in dieser Zeit auf das Achtfache gestiegen.

Dieser ökonomische Schaden hatte vorhersehbare Auswirkungen auf die Fähigkeit der Syrer, ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte wahrzunehmen. Die Armut hat stark zugenommen. Während es vor dem Ausbruch der Gewalt keinen Nah-

rungsmangel gab, waren bis 2015 32 Prozent der Syrer davon betroffen. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit von 8,5 Prozent im Jahr 2010 auf über 48 Prozent 2015.

Die größten Sorgen bereiten die negativen Auswirkungen, die finanzielle Beschränkungen auf alle Bereiche des syrischen Lebens haben. Die Sanktionierung der Zentralbank, der staatlichen und sogar privaten Banken sowie der Transaktionen in den wichtigsten internationalen Währungen sind eine umfassende Beeinträchtigung für alle Personen, die international tätig werden wollen. (...) Die Unsicherheit darüber, welche Transaktionen gegen die Sanktionen verstoßen und welche nicht, hat eine abschreckende Wirkung auf Banken und Unternehmen weltweit. Deshalb sind diese nicht mehr bereit oder in der Lage, Geschäfte mit Syrien zu tätigen. (...) Selbst internationale Akteure haben keine offizielle Möglichkeit mehr, Gehälter oder Auftragnehmer in Syrien zu zahlen. Das hat die Syrer gezwungen, Alternativen wie das informelle Überweisungssystem „Hawala“ zu nutzen. So fließen Millionen von Dollar über hochpreisige Finanzintermediäre, die angeblich manchmal terroristischen Organisationen angehören. Diese Kanäle (...) bleiben der einzige Weg für kleinere Unternehmen und zivilgesellschaftliche Akteure in Syrien, international zu agieren.

In Syrien gibt es eine kostenlose Gesundheitsversorgung für alle Bürger*innen. Vor der aktuellen Krise hatte das Land einen der besten Versorgungsstandards in der Region. Die durch die Krise entstandenen Anforderungen überlasten das System und haben zu einem immens hohen Bedarf geführt. Die restriktiven Maßnahmen, insbesondere im Finanzbereich hindern die Syrer, Medikamente, Maschinen, Ersatzteile und Software zu kaufen. [...]

Die Sicherheitslage war offensichtlich der Hauptauslöser der Flüchtlingsströme aus Syrien. Allerdings hatten die einseitigen Sanktionen auch einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge. Fabriken wurden geschlossen, weil die Beschaffung von Rohstoffen und Maschinen unmöglich gemacht, und der Warenexport behindert wird. (...) Der „Braindrain“ der Auswanderung nach Europa hat vor allem der medizinischen und pharmazeutischen Industrie geschadet – und zwar zum ungünstigsten Zeitpunkt für Syrien.

Das Verbot des Handels mit Ausrüstungen, Maschinen und Ersatzteilen hat die syrische Industrie zerstört. Für Fahrzeuge (...) fehlen Ersatzteile. Ausfallende Wasserpumpen beeinträchtigen die Versorgung und die Landwirtschaft. Kraftwerke fallen aus – neue Anlagen können nicht gekauft oder gewartet werden, was zu Stromausfällen führt. Zivile Flugzeuge fliegen nicht mehr sicher, und die Busse des öffentlichen Nahverkehrs sind in einem erbärmlichen Zustand.

Unabhängig davon, welche Gründe die Herstellerländer für die Einschränkung sogenannter Dual-Use-Güter haben mögen, müssen sie sicherstellen, dass Güter, die eindeutig für die zivile Nutzung bestimmt sind, zugelassen werden und dass sie bezahlt werden können. Infolge der Sanktionen sind Syrer*innen nicht in der Lage, Technologien zu kaufen, das betrifft auch Mobiltelefone und Computer. Die globale Dominanz amerikanischer Softwareunternehmen, Technologieunternehmen sowie Bank- und Finanzsoftware, die alle verboten sind, erschwert die Suche nach Alternativen. (...)

Aufgrund mangelnder Energie- und Wasserversorgung, aufgrund fehlender Ressourcen und Lehrmittel, die den Wieder-



ALEPPO: WIEDERAUFBAU AUCH IM REGEN

Diese Beschränkungen haben verheerende Auswirkungen auf die syrische Wirtschaft und Bevölkerung und zwingen die Regierung, Rationierungsmaßnahmen für Benzin zu ergreifen. Dies verstärkt die Folgen der 52 Pakete verschiedener „intelligenter“ Sanktionen, die zu den verbotenen umfassenden Sanktionen hinzukommen, und schafft insgesamt einen Elendszustand, der einer ganzen Bevölkerung auferlegt wird. Die Maßnahmen sind eindeutig unterschiedslos und damit völkerrechtlich wohl rechtswidrig. [...]

Angesichts der Komplexität des Systems der Sanktionen bedarf es eines mehrstufigen Ansatzes, um der verheerenden Menschenrechtssituation in Syrien zu begegnen. Dies würde einen Ansatz bedeuten, bei dem die humanitären Bedürfnisse der Bevölkerung in Syrien ohne Vorbedingungen berücksichtigt werden, wenn es um Fragen von Leben und Tod geht. [...] In einem ersten Schritt könnte ein Teil der Vermögenswerte der Zentralbank für den Kauf von Weizen „aufgetaut“ werden. In einem zweiten Schritt sollten wirksame Maßnahmen vor Ort ergriffen werden, um der Verpflichtung nachzukommen, humanitäre Ausnahmen, insbesondere für Finanztransaktionen, zu gewähren. Hier arbeite ich an der Möglichkeit, in Damaskus unter der Schirmherrschaft der UNO ein Beschaffungsbüro für die Einfuhr und Bezahlung humanitärer Güter einzurichten. Schließlich muss ein ernsthafter Dialog über den Abbau der Sanktionen geführt werden, mit dem Ziel, diese aufzuheben.

Dies ist eine gekürzte Version der Stellungnahme von Idriss Jazairy. Die Originalversion finden Sie unter: kurzlink.de/jazairy_statement



Idriss Jazairy ist UN-Sonderberichterstatter für die Folgen von Sanktionen.

aufbau von Schulen verzögern, haben 1,8 Millionen Kinder keinen Zutritt zu den Klassenräumen.

Die Möglichkeiten der Syrer*innen, sich an der internationalen Gemeinschaft zu beteiligen, sind durch die Sanktionen stark beeinträchtigt. Syrer*innen wurden von internationalen Bildungsprogrammen ausgeschlossen, und die enormen Schwierigkeiten, ein Visum zu erlangen, haben viele daran gehindert, im Ausland zu studieren oder dorthin zu reisen, ihre Ausbildung zu verbessern oder an internationalen Konferenzen teilzunehmen. Wegen der Schließung von Konsulaten in Syrien sind die Menschen gezwungen, in die Nachbarländer zu reisen, um solche Anträge zu stellen. [...]

Nach wie vor werden von etlichen Staaten und regionalen Organisationen umfassende Wirtschaftssanktionen gegen Syrien verhängt, wie beispielsweise von der EU, die ihre restriktiven Maßnahmen erneut bis Juni 2020 verlängert hat. Als Begründung für die Verlängerung der Sanktionen wird genannt, dass die syrische Regierung weiterhin Menschenrechte verletze. Das ist wie ein Versuch, ein Feuer nicht mit einem Wasserschlauch, sondern mit einem Flammenwerfer zu bekämpfen.

In den letzten Monaten haben die USA die Maßnahmen gegen Ölexporte nach Syrien verschärft. Dies geschieht durch gezielte

Sanktionen gegen ausländische Unternehmen, die beschuldigt werden, den Ölhandel für Syrien „zu erleichtern“. Darüber hinaus hat das für die Verhängung einseitiger Sanktionen zuständige US-Gremium OFAC einen „Ratgeber für die maritime Erdöl-schiffahrt“ herausgegeben, um Personen weltweit auf die Sanktionsrisiken seitens der USA aufmerksam zu machen. Das erklärte Ziel dieser Maßnahmen ist, den Rückhalt der Regierung zu zerstören. (...) Die USA sind entschlossen, das „Assad-Regime“ und seine Anhänger vom globalen Finanz- und Handelssystem zu isolieren. Es heißt hier, die Sanktionen hätten die Funktion, eine „Normalisierung der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen sowie die Finanzierung des Wiederaufbaus“ zu verhindern. Das ist das Eingeständnis, dass das eigene Handeln die Prinzipien der UN-Charta, die Menschenrechte und das humanitäre Recht schlichtweg missachtet.

Ich bin besorgt über die Aussicht auf eine weitere Verschärfung der Sanktionen, da der Gesetzentwurf mit dem Titel „Caesar Syria Civilian Protection Act of 2019“ bereits vom Repräsentantenhaus angenommen wurde und vom US-Senat geprüft werden soll. Durch seine Bestimmungen, die unter anderem den Handel mit syrischem Öl und Gas verbieten, bedeutet dieser Rechtsakt einen weiteren Schritt zu einer umfassenden Blockade des vom Krieg verwüsteten Landes.